

Stand: 10.02.2026 12:27:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10663

"Seilbahnförderung neu ausrichten - Keine weitere Förderung von Schneekanonen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10663 vom 22.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11722 des WI vom 02.06.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11896 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Dr. Christian Margl, Thomas Mütze, Markus Ganserer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Seilbahnförderung neu ausrichten – Keine weitere Förderung von Schneekanonen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatregierung wird aufgefordert, die Programme (Bayerisches Seilbahnprogramm, Bayerische Regionalförderung, Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur) zum Ausbau von Seilbahnen und Beschneiungsanlagen dahingehend zu ändern, dass zukünftig nur noch Erneuerungen von Liftanlagen auf bestehenden Trassen gefördert werden, die auch für den Sommertourismus genutzt werden können. Beschneiungsanlagen und Neubau von Liftanlagen werden grundsätzlich nicht mehr gefördert. Der Fördersatz wird zukünftig auf max. 20 Prozent bei einer Höchstfördersumme von max. 2 Mio. Euro begrenzt. Diese Änderungen sollen mit der Fortschreibung des Seilbahnprogramms ab 2017 in Kraft treten.

Begründung:

Gerade im Alpenraum wird der Temperaturanstieg besonders stark und damit im Vergleich im globalen Mittel überproportional sein. Studien gehen davon aus, dass die Temperaturen in den Alpen doppelt so stark steigen (+ 4,5 °C) wie im Bundesdurchschnitt. Schneesicherheit ist nur noch durch umweltbelastende und sehr teure Maßnahmen herzustellen.

Die regionale Tourismuswirtschaft ist besonders stark vom Wetter und der intakten Natur abhängig. Die weltweite Klimakrise wirkt sich direkt auf die Unternehmen und die touristischen Produkte aus. Wir müssen weg von der Art, wie die bayerische Tourismusförderung funktioniert. Wir müssen weniger in große Infrastrukturprojekte, sondern in intelligente Konzepte für die Region investieren.

In den letzten 9 Jahren wurden aus den verschiedenen Programmen allein für Beschneiungsanlagen über 23 Mio. Euro an Fördermitteln ausgereicht, davon viele in Skigebieten, bei denen die Bergstation gerade mal bei 1.200 Metern liegt. Diese Mittel sind nicht nachhaltig investiert. Aus diesen Gründen können nicht weiter Beschneiungsanlagen und auch keine neuen Liftanlagen gefördert werden. Staatliche Investitionen in den Tourismus dürfen ausschließlich für ganzjährige Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Damit der Tourismus in Bayern auch weiterhin erfolgreich bleibt, müssen nachhaltige Investitionen getätigt werden. Dazu gehört die Förderung von Beschneiungsanlagen und Schneiteichen eindeutig nicht. Die frei werdenden Mittel sollten besser in intelligente und nachhaltige Konzepte für die Region investiert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/10663

Seilbahnförderung neu ausrichten - Keine weitere Förderung von Schneekanonen in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Martin Stümpfig
Klaus Holetschek

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 14. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 2. Juni 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 2. Juni 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Markus Ganßerer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/10663, 17/11722

Seilbahnförderung neu ausrichten – Keine weitere Förderung von Schneekanonen in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.

a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seilbahnförderung neu ausrichten - Keine weitere Förderung von Schneekanonen in Bayern (Drs. 17/10663)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Gesamtredezeit 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist Herr Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen mich etwas außer Atem, weil ich gerade in einer Sitzung mit einer ukrainischen Delegation über die Landwirtschaft gesprochen habe. – Heute geht es um ein anderes Thema: um die Wirtschaftsförderung. Wirtschaftsförderung bedeutet für die Fraktion der GRÜNEN im Bayerischen Landtag eine Anschubfinanzierung für Projekte, die innovativ, zukunftsweisend, wirtschaftlich darstellbar und ökonomisch nachhaltig sind. Meine Damen und Herren, all dies trifft nicht für künstliche Beschneiungsanlagen zu. Allein schon deshalb muss deren Förderung dringend beendet werden.

In den letzten neun Jahren hat die Bayerische Staatsregierung über 23 Millionen Euro für die künstliche Beschneiung ausgegeben. Fast 1.000 Hektar beschneite Flächen gibt es in Bayern. Ich sage Ihnen: Das reicht.

Dagegen sind wir für eine maßvolle Weiterführung des Bergbahnhörderprogramms. Dies muss allerdings von der künstlichen Beschneiung entkoppelt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen keine einzige Neuerschließung und keinen einzigen Neubau einer Aufstiegshilfe in den bayerischen Alpen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen aber die Möglichkeit erhalten, bestehende Anlagen zu erneuern. Besonders wollen wir, dass Aufstiegshilfen gefördert werden, die unabhängig vom Skibetrieb nutzbar sind. Wir fordern, dass diese Anlagen sowohl im Sommer wie im Winter nutzbar sind. Wir fordern sie für Familien mit kleinen Kindern, für ältere Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, und vor allem auch für Behinderte – Stichwort barrierefrei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei Dinge sind dabei wichtig: zum Ersten die nachhaltige Wirtschaftlichkeit und zum Zweiten die unbedingte Umweltverträglichkeit. Wie dem Bericht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zu entnehmen ist, haben Beschneiungsanlagen weitgehende Umweltschäden verursacht. Beim Bau von Beschneiungsanlagen treten Schädigungen in der Grasnarbe und im geologischen Gefüge des Bodens auf, was zu erhöhtem Oberflächenabfluss sowie zu Erosionsschäden, Hangabbrüchen und Rutschungen führt. – Dies besagt eine Stellungnahme des Bayerischen Umweltministeriums. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade angesichts des heute schon besprochenen Phänomens der regionalen, unglaublich hohen Niederschläge ist es nicht mehr verantwortbar, solche Baumaßnahmen zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bemerkenswerterweise maßt sich ein Vertreter der CSU-Fraktion, überdies der Vorsitzende des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerisch-Schwaben, an, sein eigenes Ministerium zu kritisieren und sich fachlich besser darzustellen als diese spezialisierte Behörde.

(Klaus Holetschek (CSU): Ja was! Wahnsinn! Unglaublich!)

Mit dem Betrieb der künstlichen Beschneiungsanlagen beschleunigen wir zudem den Klimawandel.

(Klaus Holetschek (CSU): Jetzt wird es immer besser!)

Wir vergeuden Energie und Wasser, obwohl unser oberstes Ziel doch der sparsame Umgang mit diesen Ressourcen sein muss. Die zu erwartenden klimatischen Veränderungen lassen auch die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Förderung nicht mehr erkennen. Unterschiedliche Studien des Deutschen Alpenvereins, des Wirtschaftsministeriums, des Skiverbands und der Tourismusverbände kommen letztlich, wenn auch nicht gleichlautend, zu dem Ergebnis, dass wir im Alpenraum mit einer Erwärmung zu rechnen haben, die mit vier Grad Celsius doppelt so hoch ausfällt wie das angestrebte Klimaziel einer Erwärmung um zwei Grad. Das heißt, die Schneefallgrenze wird kontinuierlich steigen, und damit wird nicht mehr gerechtfertigt sein, dass wir Geld für die Beschneiung aufwenden. Zugleich steigt das Risiko, dass uns beschneite Flächen wieder wegtauen. Ich erinnere bloß an diesen Winter: Wir haben Weihnachten ohne Schnee verbracht, und der Tourismus hat doch überlebt.

Das dümmste Argument für die Schneekanonen in Bayern besagt, es gebe eine Konkurrenz der bayerischen Skigebiete mit den österreichischen. Dazu einige Zahlen: In Österreich sind 327 Gipfel über 3.000 Meter hoch. Wir haben keinen einzigen Gipfel über 3.000 Meter. – In Österreich liegen 1.425 Berge, die höher als 2.000 Meter sind. In Deutschland sind es 155. Allein diese Zahlen zeigen deutlich, dass es Unsinn ist, über eine Konkurrenz der Skibetriebe in Österreich und Bayern zu reden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie: Ihre Redezeit ist um.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Ja. – Fremdenverkehrsorte sind bei uns höchst erfolgreich und innovativ in alternativen Bemühungen. Nicht zuletzt zeigen auch die guten Übernachtungszahlen in diesem Winter diese Bemühungen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie sollten sich schon an die Redezeit halten.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Deshalb fordern wir Sie dringend auf, unserem Antrag auf den Verzicht der weiteren Förderung von Beschneiungsanlagen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Uli Leiner, wir denken halt noch selbstständig.

(Florian von Brunn (SPD): Manchmal!)

Und wenn wir der Meinung sind, dass das Umweltministerium in irgendeiner Frage nicht recht hat, dann nehme ich mir das Recht heraus, das darzustellen und zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass in dieser Frage nicht richtig recherchiert worden ist. Das habe ich auch gesagt, und ich wiederhole es hier im Hohen Hause. Ich bin der Meinung, dass wir nach wie vor gut daran tun, wenn wir ein Seilbahnenförderprogramm haben und hier Anreize setzen. Letztendlich geht es natürlich auch um die Natur, aber auch um die Wirtschaft. Ich sage Ihnen: Viele Menschen leben vom Tourismus. Du solltest wissen, dass im Allgäu 40 % der Gäste im Winterhalbjahr kommen und wir dabei von einem Umsatz von zwei Milliarden reden.

(Florian von Brunn (SPD): Aber die gehen ja gar nicht alle zum Skifahren!)

Und du solltest wissen, dass es dabei auch um das Skifahren und den Schnee geht. Wenn man heute die "Allgäuer Zeitung" liest und dabei auf die Aussagen von Herrn Kröll stößt, sieht man das bestätigt. Am Ifen werden jetzt 30 Millionen in die Seilbahnen investiert. Wir tun gut daran, auch unsere Regionen nach vorne zu bringen und wettbewerbsfähig zu erhalten, weil dort viele Menschen vom Tourismus leben. In Deutschland entstanden allein im Winter 2012/2013 und im Sommer 2014 370 Millionen Euro an Einkommenseffekten durch die Seilbahnen. Das muss man schon würdigen und richtig in den Gesamtkontext stellen.

Beim Thema Seilbahnen ist auch wichtig, dass wir im Hinblick auf die demografische Entwicklung und im Sinne des gleichen Zugangs versuchen müssen, im Winter und im Sommer die Zugänge zu erhalten. Das wird übrigens bei der Förderung berücksichtigt. Auch der Umweltaspekt wird bei der Förderung berücksichtigt. Ich wehre mich gegen ihre dahin gehenden Äußerungen. Wir werden sicher beim nächsten Redebeitrag hören, dass wir eine ideologische Diskussion führen, meine Damen und Herren. Die Menschen, die vor Ort im Tourismus tätig sind, wissen sehr gut, was sie sich zutrauen können und wovon sie sprechen. Aber wir führen in den letzten Wochen immer nur ideologisierte Diskussionen, beim Klimaschutz, beim Thema Riedberger Horn und bei all den anderen Themen, die Sie ansprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind doch Wirtschaftsideologen reinsten Wassers!)

Wir müssen uns bei Zielabweichungen auch einmal die Chance geben, über diese Themen reden zu dürfen, ohne dass man von vornherein sagt: Um Gottes Willen, es gibt Denkverbote. Die darf es nicht geben. Wir müssen da etwas differenzierter herangehen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Denkverbote haben Sie sich doch selber auferlegt, weil Sie gar nicht über Klimaschutz nachdenken!)

– Herr von Brunn, Sie werden als Nächstes wahrscheinlich die UN-Generalversammlung anrufen. Wenn Sie keine Chance mehr haben, Ihr Thema fortzuführen, gehen Sie, wahrscheinlich hoffend, immer so weit, bis Sie die von Ihnen gewünschten Antworten auf die nicht gestellten Fragen bekommen.

Ich will ganz deutlich sagen: Ich bedanke mich beim Wirtschaftsministerium – der Staatssekretär ist da – für dieses Seilbahnförderprogramm, weil es richtig und wichtig ist. Zumindest für die nächsten 20 bis 30 Jahre treffen diese Aussagen noch zu. Dazu gibt es ebenfalls Studien. Auch bei einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise der Seilbahnen können wir tatsächlich sagen, dass Förderungen hier richtig sind.

Ich möchte auch keine Festlegung der Förderhöhe. Ich glaube nicht, dass es uns gut tut, wenn wir sie auf zwei Millionen begrenzen würden. Wir würden die Maßnahmen in kleinere Teile stückeln und uns damit keinen Gefallen tun. Auch der Höchstfördersatz von 20 % ist aus meiner Sicht falsch. Wir müssen Anreize setzen. Den größten Teil muss doch noch der Unternehmer tragen. Wir leisten ja keine Komplettförderung. Wir geben Anreize, dass andere investieren. Das ist doch Sinn und Zweck der Förderung.

Natürlich geht es auch um Nachhaltigkeit. Es geht auch um weitere Tourismuskonzepte. Gerade die Allgäuer sind doch gut aufgestellt. Ich meine das Wandern und andere Produktlinien. Es geht um eine gesamtheitliche Entwicklung. Dazu gehören doch auch der Winter und der Schnee als ganz wesentliche Bestandteile.

Wenn ich mir die Daten der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH anschau, dann weiß ich, dass auch in andere Projekte investiert wird. Ich erinnere nur an die sehr wichtige Markenoffensive "Gesundes Bayern". Es ist ein Prozess angestoßen, der das Ziel hat, auch andere Vorhaben weiterzuentwickeln. Bayern ist Tourismusland Nummer eins; wir wollen es bleiben. Bayern soll für seine Gäste weiterhin attraktiv sein.

(Florian von Brunn (SPD): Dann müssen Sie endlich neue Konzepte vorlegen!)

Dazu brauchen wir Natur und Landschaft. Wir alle müssen uns unserer Verantwortung bewusst sein. Wir von der CSU jedenfalls sind uns unserer Verantwortung bewusst. Es bedarf einer Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen, die wir auch berücksichtigen müssen, und den Interessen des Landschafts- und Naturschutzes.

Ich freue mich auf die Ausführungen meines Nachredners. Da ich noch etwas Redezeit übrig habe, behalte ich mir vor, im weiteren Verlauf der Debatte noch das eine oder andere zu dem Thema zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon häufig über den Klimawandel und seine Auswirkungen gesprochen. Die Staatsministerin hat vor nicht allzu langer Zeit eine Regierungserklärung abgegeben. Wir haben auch heute Morgen angesichts der schrecklichen Ereignisse über die Zusammenhänge mit dem Klimawandel gesprochen.

Aber wenn es um die konkrete Politik geht, tun Sie von Staatsregierung und CSU so, als ob es den Klimawandel überhaupt nicht gäbe. Das zeigt sich auch an Ihrer Handhabung der Seilbahnförderrichtlinie, die man eher "Schneekanonenförderrichtlinie" nennen sollte. Wir sind im Gegensatz zu Ihnen der Auffassung, dass Klimaschutz Vorrang haben muss. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die überall berücksichtigt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie mit der genannten Richtlinie praktizieren, ist klimapolitisch falsch, blockiert die richtigen Wege in die Zukunft und schadet der Natur in den Bergen, ob in den Alpen oder den Mittelgebirgen. Ihr Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat erst auf unseren Antrag hin – es ist schon angeklungen – in einem Bericht die Probleme beim Namen genannt. Das zentrale Problem ist die Zerstörung von Böden, die oft über Jahrzehnte, wenn nicht gar über Jahrhunderte gewachsen sind, durch schwere Baumaschinen. Der Verband Deutscher Seilbahnen und Schleplifte hat dies natürlich eifrig bestritten, und Sie, Herr Holetschek, sind dem Verband zur Seite gesprungen.

Man kann sicherlich konzedieren, dass es Bauarbeiten geben mag, bei denen schonend vorgegangen wird. Wer aber die Kehrseite der Medaille sehen will, der braucht sich nur die Fotos vom Bau der Beschneiungsanlagen am Sudelfeld anzuschauen. Dort sind der ganze Berg umgegraben und alte Almböden auf Dauer zerstört worden.

Der Bericht des Umweltministeriums geht noch weiter. Als gravierend wird der Einfluss auf die Vegetation in Lagen über 1.400 Metern eingeschätzt. Es werden also nicht nur

gewachsene Böden zerstört, sondern auch die alpine Flora – und damit die von der CSU so oft beschworene Kulturlandschaft.

Und was ich Ihnen besonders an Herz legen will, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist die Verschandelung der Landschaft. Ich zitiere wiederum aus dem Bericht der Staatsregierung:

Während die Schneekanonen oder Schneelanzen selbst vielfach außerhalb der Skisaison abgebaut werden, können oberirdisch fest installierte Anlagenteile das Landschaftsbild das ganze Jahr über beeinträchtigen und stehen oft im Kontrast zum traditionellen Landschaftsbild des alpinen Kultur- und Naturraums.

Ihr Ministerium!

Landschaftsschutz ist Ihnen doch sonst ein so wichtiges Thema – siehe 10-H-Regelung. In Wahrheit betreiben Sie Landschaftsschutz à la carte. Sie orientieren sich allein an wirtschaftlichen Interessen, nicht an objektiven Kriterien.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt in der Konsequenz: Staatsregierung und CSU nehmen es in Kauf, dass mit Steuergeldern die Zerstörung von Natur und Landschaft gefördert wird. Das Ganze wird durch die lasche und willfährige Genehmigungspraxis für solche Projekte in Bayern noch auf die Spitze getrieben.

Ich nehme Bezug auf meine Anfrage zum Plenum, die ich am 23. November 2015 gestellt habe. Die Staatsregierung hat in ihrer Antwort bestätigt, dass in Bayern seit zehn Jahren "keine Anträge auf Neu- oder Ausbau von künstlicher Beschneiung abgelehnt wurden." Das heißt, es wird einfach alles genehmigt – ohne Rücksicht auf Verluste. Diese Kombination – Steuergelder aus der Seilbahnförderrichtlinie für Schneekanonen und das offensichtliche Genehmigungsprinzip "Anything goes" – hat dazu geführt, dass sich in Bayern in den vergangenen zehn Jahren die beschneite Fläche auf über 800 Hektar erhöht und damit fast verdoppelt hat.

Deswegen ist es absurd, wenn das Wirtschaftsministerium – im Gegensatz zu der völlig überzogenen und falschen Förderung von Schneekanonen mit Steuergeldern – kein nennenswertes Programm zur Förderung von nachhaltigem und klimafreundlichem Tourismus im Angebot hat. Ich erwähne das auch deshalb, weil Sie, Herr Holetschek, so ausführlich die Zukunftsfähigkeit des Tourismus thematisiert haben. Es wird Zeit, dass das Wirtschaftsministerium etwas liefert, um eine nachhaltige Politik für die Zukunft – dazu gehört der Klimaschutz – und Tourismus zusammenzubringen. Dafür wären Steuermillionen gut angelegt, nicht aber für den Ausbau einer Sackgasse namens "künstliche Beschneiung"; denn Letzteres geht auf Kosten unserer Landschaft, des Klimas und der zukünftigen Generationen; auch sie wollen ja noch die Vorzüge unserer Landschaft erleben.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang noch einmal an den Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags von 1984 erinnern. Darin wird unter Ziffer 3 ausgeführt, dass Rodungen im Bergwald für neue Freizeiteinrichtungen oder Infrastrukturmaßnahmen grundsätzlich nicht mehr zuzulassen sind. – Wie halten Sie von der CSU es damit?

Die CSU-Faktion hat vor Kurzem ein Diskussionspapier zur Alpenpolitik vorgelegt, in dem sie sich ausdrücklich zum Bayerischen Alpenplan und zu den Schutzzonen bekannt. Auch spricht sie sich für Schutzgebiete in den Alpen aus. Papier ist bekanntlich geduldig. Uns drängt sich der Verdacht auf, dass das, was Sie zu Papier gebracht haben, mit dem, was Sie in der Praxis machen, herzlich wenig zu tun hat.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle gern von Ihnen, von der CSU-Faktion, wissen, ob der Bergwaldbeschluss, den der Bayerische Landtag einstimmig 1984 beschlossen hat, für Sie noch zählt. Ich möchte wissen, ob wir Ihr jüngstes Alpenpapier ernst nehmen dürfen und ob Sie zur Alpenkonvention stehen. Wenn Sie diese Fragen mit Ja beantworten, dann müssten Sie selbst zu dem Schluss kommen, dass Sie mit der bisherigen Art der Förderung nicht weitermachen können. Es ist vielmehr notwendig,

dass Sie neue Ideen entwickeln – auch wenn es schwerfällt –, die in die Zukunft tragen.

Abschließend komme ich zu dem Antrag der GRÜNEN. Wir stimmen mit dem Antrag in weiten Teilen überein. Dennoch werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir keine Obergrenze für die tourismuspolitisch und betriebswirtschaftlich durchaus sinnvolle Modernisierung von Seilbahnen und Liftanlagen einführen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, es gibt in den strukturschwachen Regionen Bayerns Kommunen, die nicht das Geld haben; denen wollen wir helfen. Deshalb sind wir gegen die von Ihnen in dem Antrag formulierte Deckelung. Wenn Sie die genannte Passage streichen, können wir dem Antrag zustimmen. Zu der vorliegenden Fassung ist uns nur die Stimmenthaltung möglich.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben schon das breite Spektrum der verschiedenen Ansichten und Darstellungen mitbekommen. Es ist in diesem Fall ganz gut, als letzter Redner aus den Reihen der Abgeordneten das Problem darstellen zu können.

Zunächst zu Ihnen, lieber Herr Kollege von Brunn: Das Weltuntergangsszenario ist natürlich nicht zu teilen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie ein Weltuntergangsszenario? Ich habe keines!)

Das geht ein Stück weit in die Richtung von Populismus; so sollten wir Politik nicht betreiben.

Wenn Sie in dem Zusammenhang die Bergwaldbewirtschaftung ansprechen, dann sind Sie bei mir gut aufgehoben. Ich bin Mitglied einer Genossenschaft, die seit Menschengedenken mehrere Tausend Hektar Bergwald bewirtschaftet, und zwar auf verantwortungsvolle Weise.

(Florian von Brunn (SPD): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Wir brauchen keine Hinweise, wie wir das zu machen haben. Das machen wir in guter alter Väter Sitte.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Mit dem Ross?)

Damit ich nicht völlig von dem eigentlichen Programmpunkt wegkomme, darf ich auch auf den Beitrag des Kollegen Holetschek eingehen. Der vorliegende Antrag ist natürlich auch Ausdruck einer Abwägung. Absolute Darstellungen sind insoweit unzulässig. Der gelebte Naturschutz auf der einen Seite ist gegen die Notwendigkeiten auf der anderen Seite abzuwägen; auch die Notwendigkeiten müssen wir sehen.

Damit komme ich auf den Antragsteller zu sprechen. Lieber Ulrich Leiner, es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, der Antrag habe mit der Konkurrenz aus den Nachbarländern am allerwenigsten zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir müssen auf Entwicklungen anderswo reagieren und dürfen nicht einfach sagen, das interessiere uns nicht.

Ich sehe hier im Saal mehrere Kollegen, die mit mir zusammen im Kreistag Oberallgäu sitzen. Wir handeln sehr verantwortungsbewusst. Wir schauen uns vor Ort an, wo Beschneiungssteiche angelegt werden sollen. Wir sind in Kontakt mit Liftbetreibern. Neulich haben wir in der Gemeinde Bad Hindelang am Oberjoch – darauf wird in dem Antrag Bezug genommen – eine neue Seilbahn eröffnen dürfen. Auch wir müssen ein Stück weit mit dem technischen Fortschritt mitgehen.

Ich habe es schon ein paar Mal erwähnt: Der vergangene Winter, der schneeärmste der vergangenen Jahre, war für meine Nachbargemeinde Jungholz der beste, obwohl

sie nur um die 1.000 Meter hoch liegt. Dort wurde mit einer dezenten Beschneiung begonnen. Die Gemeinde hatte dann durchgehend, vom letzten November bis zum April, einen der besten Winter ihrer Geschichte. Das muss man auch einmal sehen.

Dazu muss man noch wissen: Die österreichischen Gemeinden, mit denen wir im Alpenraum in Konkurrenz stehen, werden jetzt ein Förderprogramm erhalten, wie es noch nie da war. Uns bleibt deshalb nur eines übrig: Wir müssen ein Stück weit mithalten und auch unseren Gemeinden im Alpenraum die Möglichkeit geben, Investitionen zu tätigen, die in die Zukunft gerichtet sind.

(Florian von Brunn (SPD): Viele Menschen wollen aber nicht, dass ihre Steuergelder dafür verwendet werden!)

Ich habe selbst einen Betrieb bewirtschaftet. In dem Antrag kommt die Formulierung vor, in der Gemeinde Hindelang seien dadurch landwirtschaftliche Betriebe am Leben erhalten worden. Dazu muss ich Ihnen sagen: In den über 30 Jahren, in denen ich Ferien auf dem Bauernhof angeboten habe, war es nicht selten, dass ich eher von meinen beiden Ferienwohnungen als von meinen 17 Milchkühen leben konnte. Wir dürfen hier nicht das eine mit dem anderen vermischen. Fakt ist, dass wir einem vernünftigen, naturnahen und realistischen Tourismus weiterhin Möglichkeiten eröffnen müssen. Wir müssen die Förderung in einem Maße aufrechterhalten, dass die Gemeinden und die Investoren die Möglichkeit haben zu halten. Sie müssen den Gästen die Angebote machen können, die die Gäste wünschen.

Die Gäste wollen heute nicht nur die reine Landschaft, und damit hat es sich dann. Heutzutage wollen die Gäste vielseitige Möglichkeiten. Der Antrag ist deshalb viel zu starr formuliert. Eine 20-Prozent-Grenze und eine Obergrenze von zwei Millionen Euro – das ist nicht zeitgemäß. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Lieber Leo, du sprichst von deiner Gemeinde und von der Gemeinde Jungholz. Zum Ersten: Ich frage mich, ob du weißt, dass die Gemeinde Jungholz zu Österreich und damit zum österreichischen Verwaltungsgebiet gehört.

Zum Zweiten: Wir hatten heuer einen wirklich schlechten Winter. Wir hatten aber hervorragende Übernachtungszahlen. In weiten Bereichen war im letzten Winter keine Beschneiung möglich. Trotzdem hatten wir diese guten Übernachtungszahlen. Unser Antrag hat das Ziel, das Geld, das jetzt für die Beschneiung ausgegeben wird, für alternative Konzepte zu verwenden. Das ist das Entscheidende. Alle Forscher sagen uns, dass wir künftig nicht mehr so viel Schnee wie bisher haben werden. Wir wollen deshalb diese Gelder umleiten, wollen sie aber dem Tourismus nicht wegnehmen. Wir wollen diese Gelder für eine andere Schiene verwenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, zunächst einmal vielen Dank für die geografische Nachhilfe. Jungholz liegt 3 km von meinem Heimatort entfernt. Das ist natürlich eine sehr weite Entfernung.

Ich vermisste zu diesem Thema konkretere Vorschläge der Fraktion des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN. Sie sprechen einfach von sanften und intelligenten Lösungen. In diesem Raum sind sehr viele Tourismus-Fachleute. Die Menschen sind heute auf ein breites Angebot eingestellt. Ich selbst hatte schon Gäste, die ihren Urlaub angetreten haben, allerdings nach zwei bis drei Tagen gesagt haben: Wenn ihr keinen Schnee habt, dann reisen wir ab. Das ist schon vorgekommen. Auf so etwas müssen wir reagieren können.

Ich war froh, dass ich diesen Gästen damals sagen konnte: Geht nach Jungholz, oder geht nach Oberstdorf oder Oberjoch. Wir müssen hier konkreter werden. Wir müssen

einen an die Gegend angepassten Tourismus entwickeln. Mit einer Aufweichung des Förderprogramms können wir dieses Problem nicht lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege von Brunn, ich möchte nur noch einmal feststellen, dass ich davon überzeugt bin, dass wir das eine tun müssen, aber das andere nicht lassen dürfen. In den nächsten Jahren werden wir froh sein, dass es diese Förderung gibt und wir damit denjenigen, die im Moment darauf angewiesen sind, eine Perspektive bieten können. Wir werden uns weiterentwickeln. Das tun wir bereits. Sehen Sie sich einmal den Bayern-Tourismus an. Von staatlicher Seite und in den sozialen Medien wird hier eine breite Produktpalette angeboten, um Menschen anzusprechen und damit Gäste und Wertschöpfung nach Bayern zu bringen.

Fakt ist aber auch, dass wir im Moment auf diese Förderung angewiesen sind. Der Winter und der Schnee spielen hier eine zentrale Rolle. Außerdem müssen wir einen Übergang schaffen. Sie können doch nicht heute diese Mittel kappen und den Leuten sagen: Macht jetzt etwas anderes. Tourismus funktioniert doch anders. Dahinter steckt eine längerfristige Strategie. Diese Strategie fahren wir. Ich wehre mich deshalb gegen diese ideologisierte Diskussion. Sie sehen immer nur die eine Seite. Gehen Sie doch einmal ins Allgäu! Fahren Sie doch einmal hinaus!

(Florian von Brunn (SPD): Ich war erst vor zwei Wochen da!)

– Das mag schon sein. Dann reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort, die dort Ferienwohnungen haben und dort ihr Einkommen erwirtschaften.

(Florian von Brunn (SPD): Das habe ich auch gemacht!)

Diese Menschen werden Ihnen sagen: Wir verstehen, was bei uns vor Ort vorgeht; wir brauchen keine Belehrungen aus München, wie wir uns in der Zukunft zu verhalten haben. Ich sage Ihnen klipp und klar: Die Förderung ist wichtig und ein ganz zentrales Instrument für die Zukunft. Wir werden uns aber auch weiterhin auf den nachhaltigen Tourismus hin orientieren. Das eine tun, ohne das andere zu lassen – das ist die Zukunftsstrategie im Bayern-Tourismus für die nächsten Jahre.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Holetschek, die Frage, die wir uns stellen, lautet nur, ob man Steuergelder für den Ausbau der künstlichen Beschneiung einsetzen sollte, oder ob man diejenigen, die diese Beschneiung wollen, das Marktrisiko dafür tragen lassen sollte. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für ein solches Tourismusangebot zahlen sollen, obwohl die Mehrheit der Menschen in diesem Land – das bestätigen uns alle Umfragen – der Auffassung sind, dass diese Investitionen nicht mehr sinnvoll sind. Die Mehrheit der Menschen kommt im Winter überhaupt nicht mehr, um Ski zu fahren, nicht einmal auf der Zugspitze. Das hat mir die Bürgermeisterin bestätigt. In Garmisch-Partenkirchen gibt es deutlich mehr Sommergäste. Im Winter fährt ein hoher Anteil der Menschen nicht mehr nach Garmisch-Partenkirchen, um Ski zu fahren.

Sie mögen recht haben, dass die Förderung in einem Skigebiet nicht sofort eingestellt werden kann. Da sind wir sofort bei Ihnen. Wichtig ist jedoch festzulegen, wo die Mittel hingeleitet werden sollten und welche Angebote sinnvoll sind. Ich glaube, wir sind in dieser Frage nicht ideologisch. Vielmehr halten Sie an den alten Rezepten fest. Sie haben keine vernünftigen Vorstellungen davon, wie es in Zukunft weitergehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege von Brunn, wir haben erst gestern gesehen, dass man Umfragen nicht immer glauben darf. Es gibt solche und solche Umfragen.

Ich glaube, dass unser Staat gut daran tut, Anreize zu setzen. Eine Wirtschaftsförderung funktioniert dann, wenn Anreize gesetzt werden, die von Investoren aufgegriffen werden. Die Investoren glauben an die Wirtschaftlichkeit eines Projekts, sonst würden sie nicht investieren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie verzerrn doch die Kalkulation!)

Ich bin der Meinung, dass wir sehr wohl Zukunftskonzepte haben. Die Alpenstrategie ist das beste Beispiel dafür, wie Bayern in die Zukunft blickt. Sie sollten sich einmal überlegen, welche Rezepte Sie für die Zukunft haben. Wir diskutieren sehr ernsthaft über eine Zukunftsstrategie für diese Räume. Ich bin überzeugt, dass am Ende etwas Gutes dabei herauskommen wird.

(Florian von Brunn (SPD): Bisher ist das noch nicht so!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Jetzt kommen wir zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Holetschek, wir sollten nicht über Ideologie reden, sondern über Punkte, bei denen wir gemeinsamer Meinung sind. Ich halte es für sehr interessant, dass Sie von Übergangszeiten gesprochen haben. Sie sagen: Ski-Tourismus und Beschneiung wird es noch für eine bestimmte Übergangszeit geben, dann ist es vorbei. Als Skifahrer freut mich das zwar nicht, aber so sieht die Situation aus. Wenn wir über Übergangszeiten sprechen, müssen wir uns überlegen, wie zielgerichtet und wie zukunftsgerichtet eine solche Förderung ist.

Staatliche Förderung muss in die Zukunft gerichtet sein. Sie soll nicht etwas perpetuieren, was wir nur noch in den nächsten fünf, sechs, sieben oder acht Jahren haben werden. Diese Förderung muss weitergedacht werden. Wir dürfen hier nicht die falschen Anreize setzen. Durch den weiteren Ausbau von Schneekanonen wird die Illusion erzeugt, dass in der Winterzeit das Skifahren und eine Schneegarantie etwas

Selbstverständliches wären.Ich darf an das Ski-Opening mit Herrn Kollegen Pschierer auf dem Oberjoch im vergangenen November erinnern.

(Klaus Holetschek (CSU): Das war die Vierschanzentournee! – Florian von Brunn (SPD): Da wart ihr wohl eher an Fasching unterwegs!)

Da gab es zwar am Oberjoch durch die Beschneiung ein paar Schneeflecken, aber die überwiegende Farbe am Berg war Grün.

(Florian von Brunn (SPD): Tolle Fotos waren das!)

Das bedeutet: Wenn wir den Leuten vormachen, es gäbe eine Garantie, diese Garantie dann aber nicht einlösen können, dann produzieren wir Enttäuschung. Wir müssen deshalb neue Wege gehen und neue Konzepte für Ferien im Winter in den Bergen finden, egal, ob es mehr oder weniger Schnee gibt. Der Ausbau von Schneekanonen ist deshalb nicht mehr zukunftsorientiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Gehring, wenn Sie mir vorhin zugehört hätten, dann hätten Sie auch gehört, dass die Zeiträume, die in wissenschaftlichen Studien errechnet wurden – nicht zuletzt auch in einer Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – bei 25 bis 30 Jahren liegen. Das sind zum einen die betriebswirtschaftlichen Zeiten – Thema Abschreibung –, aber das sind auch die Zeiten, bei denen man davon ausgehen kann, dass das Skifahren im Winter mit Unterstützung durch Seilbahnen und Schneekanonen noch möglich ist. Ich glaube, für einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren lohnt es sich zu investieren. Ich habe es vorhin gesagt, und ich sage es noch einmal: Die Gäste suchen sich ihre Wege. Reden Sie mit den Hoteliers, beispielsweise im Oberallgäu. Wenn weniger Schnee liegt, dann gehen die Gäste zum Wandern oder in die Berge. Heute gibt es viele Möglichkeiten. Ich jedenfalls bin froh, dass wir in Bayern eine so wundervolle Landschaft haben, auf die wir stolz sein können.

(Florian von Brunn (SPD): Die müssen wir auch schützen und erhalten!)

Diese Landschaft müssen wir unterstützen, und das tut der Freistaat mit seinen Programmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatssekretär Pschierer.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs noch eine Vorbemerkung, damit hier kein falscher Eindruck entsteht, wo der bayerische Tourismus steht: Wir sind seit Langem das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Wir sind es nicht deshalb, weil wir nur auf eine Palette setzen, sondern weil wir ein breit gefächertes Angebot für alle Zielgruppen, für alle Altersschichten im Inland und im Ausland bereitstellen. 88 Millionen Übernachtungen allein im letzten Jahr, 25 Millionen Gästeankünfte, das ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist auch eine Erfolgsgeschichte des Bayerischen Landtags, die durch die CSU-Fraktion mit auf den Weg gebracht wurde. Wir sind das Tourismusland Nummer eins, und wir leisten in der Wertschöpfung für dieses Land durch den Tourismus einen wertvollen Beitrag. Das will ich einmal klarstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Bitte heften Sie sich keine falschen Lorbeeren an!)

Das will ich schon einmal in Richtung Opposition klarstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das haben die Menschen und die Unternehmer vor Ort gemacht!)

Herr von Brunn, aus der Ecke des "Schöner-Wohnen-Milieus" in München Bogenhausen oder Haidhausen hört sich das immer ganz anders an.

(Florian von Brunn (SPD): Ich wohne in Sendling, in einer ganz normalen Wohnung!)

– Wissen Sie, in den Gebieten, über die Sie gerade gesprochen haben, da gibt es Ihre Partei nur noch als Spurenelement. Da findet man Ihre Partei fast gar nicht mehr, weil Sie sich dort nämlich von den Menschen entfernt haben.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist eindürftiges Argument!)

Gehen Sie doch in die Alpenregion und fragen Sie dort nicht nur die Kommunalpolitiker, sondern die Menschen. Die Menschen dort wissen, dass Wertschöpfung in diesen Räumen ohne Tourismus nicht möglich ist.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das Wirtschaftsministerium ist dafür das falsche Ministerium!)

– Zum bayerischen Wirtschaftsministerium gehört die Ansiedlungsagentur "Invest in Bavaria". Ein großes Industrieunternehmen bekomme ich nicht ins Allgäu. Ich bekomme auch kein Logistikzentrum dorthin. Ich möchte dort aber eine wirtschaftliche Entwicklung haben. Der Tourismus ist einer der wesentlichen Bestandteile der Wertschöpfung, und ist auch wichtig für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Ich bitte Sie, schon zu sehen, dass die Erfolgsgeschichte in Bayern auch deshalb möglich war, weil wir den Wettbewerb zu den benachbarten Destinationen Österreich und Schweiz aufgenommen haben. Wenn Sie sich die bayerischen Skigebiete ansehen, dann werden Sie erkennen: Es war wichtig und notwendig, hier ein Stück weiter zu investieren.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist der falsche Ansatz!)

Es ist uns wichtig, hier Wertschöpfung im ländlichen Raum zu halten. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der Tourismusförderung, die wir gerade für den Bereich der Alpen betreiben. Damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, was wir damit sichern, möch-

te ich Folgendes anführen: Vor vielen Jahren – damals war ich noch Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses in diesem Hohen Hause –, habe ich in Abstimmung mit dem damaligen Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu eine Wertschöpfungsstudie erstellen lassen. Diese Wertschöpfungsstudie hat klar nachgewiesen, dass dort, wo wir in Seilbahnen investieren, auch Investitionen in Hotellerie, Gastronomie, Skischulen und viele andere Dinge folgen. Ein Arbeitsplatz an einer bayerischen Seilbahn sichert fünf Arbeitsplätze im nachgeordneten Bereich. Ohne Seilbahn kann man keine Sommer- oder Wintertourismusdestination im bayerischen Alpenraum entwickeln.

(Florian von Brunn (SPD): Wir sind doch nicht gegen Seilbahnen!)

Wir stehen deshalb dazu, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt: Herr von Brunn, Sie sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob es uns allein um Beschneiung ginge. Unter den Fördersummen des Freistaats sind die geförderten Beschneiungsanlagen doch der geringste Teil. Der größte Anteil entfällt auf die Investitionen in Seil- und Schlepplifte. Es stimmt auch nicht, was Sie zur Alpenkonvention und zum Alpenplan sagen. All das findet in enger Abstimmung mit dem Alpenplan, mit Auflagen des Umweltschutzes und vielen anderen Auflagen statt. Bei diesen Fördermaßnahmen müssen wir nicht zuletzt auch die Zustimmung der Europäischen Union und der Europäischen Kommission einholen. Das heißt, die Auflagen seitens der Europäischen Kommission, durch die Alpenkonvention und Umweltschutzaufgaben, werden von uns penibel eingehalten. Es ist für mich auch sehr wichtig, dass wir bei der Förderung strikt darauf achten, dass es Ganzjahresangebote gibt. Angesichts der demografischen Entwicklung dieser Gesellschaft wollen wir den Sommer- und den Wintertourismus fördern. Beschneiungsanlagen werden deshalb nicht allein gefördert, sondern immer in Kombination mit dem Ausbau von Seil- und Schleppliften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Kirche doch im Dorf zu lassen. Herr Kollege von Brunn und Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bitte betrachten Sie

doch einmal die Gesamtfläche des bayerischen Alpenraums. Sie beträgt 420.000 Hektar. Die Skipisten umfassen insgesamt 3.700 Hektar, das entspricht 0,9 %. Von diesen 0,9 % wiederum sind nur rund 850 Hektar mit Beschneiungsanlagen versehen. Wenn Sie hier also so tun, als ob die Zukunft und die Sicherstellung einer intakten Umwelt im bayerischen Alpenraum davon abhinge, dass wir ein Seilbahnprogramm reduzieren und die Förderung von Beschneiungsanlagen einstellen, dann ist das, gelinde gesagt, schon fast ein Anflug von Polemik, Herr von Brunn. Das stimmt so nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb das Seilbahnprogramm, das zunächst von 2009 bis 2016 befristet war, um drei Jahre bis zum Jahr 2019 verlängert. Wir versuchen in den Regionen Bayerns, insbesondere aber im oberbayerischen Alpenraum und im schwäbischen Bereich, die Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir erhoffen uns davon auch wichtige Impulse für die Investitionen im Bereich Hotel und Gastronomie.

Letzter Aspekt, meine Damen und Herren von der Opposition: Die Fördersätze gehen von 15 bis 35 %. Den Rest schultert der Unternehmer, meine Damen und Herren, häufig begleitet durch seine Hausbank. Diese Hausbank ist im Allgäu oder im bayerischen Oberland in der Regel nicht eine große Privatbank, sondern die heimische Sparkasse oder die heimische Genossenschaftsbank. Die Förderung von Beschneiungsanlagen bedeutet deshalb für uns eine Förderung der Seil- und Schlepplifte. Das heißt: Wir versuchen, die ländlichen Räume zu entwickeln, dort Arbeitsplätze sicherzustellen. Das Ganze geschieht bei uns natur-, landschafts- und umweltverträglich. Deshalb empfehle ich, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, Herr Staatssekretär, Herr von Brunn hat noch eine Zwischenbemerkung.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben gerade den Eindruck erweckt, die SPD-Fraktion sei gegen Seilbahnen und gegen die Förderung von Tourismus im Alpenraum. Das weise ich aufs Entschiedenste zurück. Das entspricht nicht der Wahrheit und auch nicht der Politik, die wir als SPD-Fraktion machen.

(Beifall bei der SPD)

Konkret werfe ich Ihnen aber vor – und das weiß ich so genau, weil ich mehrere Anfragen zu diesem Thema gestellt habe –, dass Sie im Wirtschaftsministerium keine Konzepte für nachhaltigen Tourismus haben. Nennen Sie doch ein paar Beispiele, wie Sie effektiv Schlechtwetterangebote fördern. Das ist nämlich ein sehr großes Thema im Alpenraum. Nennen Sie mir doch Projekte, bei denen Sie den öffentlichen Verkehr im bayerischen Alpenraum extensiv ausgebaut haben. Wo haben Sie in den letzten Jahren Programme aufgelegt, um die regionale Landwirtschaft in Verbindung mit dem Tourismus zu stärken? – Das geht doch von anderen aus, nämlich von Privatinitiativen, vom Alpenverein oder von Kommunen, aber nicht von der Bayerischen Staatsregierung. Sie schreiben lieber Alpenstrategiepapiere, in denen Sie die Lockerung des Anbindegebots für die Alpen fordern. Die Folgen, die sich daraus für die Landschaft und den Flächenverbrauch ergeben, können wir jetzt schon ausrechnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr von Brunn, Sie widersprechen sich selbst. Bayerischer Tourismus ist in Deutschland die Erfolgsgeschichte schlechthin. Das hat auch mit den politischen Rahmenbedingungen zu tun, meine Damen und Herren. Das Thema ist im Freistaat Bayern in den letzten Jahrzehnten positiv besetzt worden. Deshalb stimmt Ihre Analyse nicht, Herrn von Brunn.

Zweiter Punkt: Was macht die Staatsregierung? – Wir haben insbesondere seit den Jahren 2013/2014 eine interministerielle Arbeitsgruppe wieder neu etabliert. Das bedeutet: Alle Maßnahmen im bayerischen Tourismus werden eng zwischen dem bayerischen Wirtschaftsministerium und dem bayerischen Landwirtschaftsministerium ab-

gestimmt, wenn es um Urlaub auf dem Bauernhof oder um Direktvermarktung regionaler Produkte geht. Das Ganze wird auch mit dem bayerischen Sozialministerium abgestimmt, wenn es um barrierefreie Angebote in Bezug auf die Mobilität oder die demografische Entwicklung geht. Das Ganze wird mit dem Innenministerium abgestimmt, was andere Bereiche, wie zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur, angeht.

(Florian von Brunn (SPD): Was heißt denn "abgestimmt"?)

– Herr von Brunn, schauen Sie sich einfach einmal die Produktpalette des bayerischen Tourismus an. Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH und beziehe mich auf Herrn Kollegen Holetschek, egal, ob es Produktpaletten wie "stade zeiten", nachhaltiger Tourismus, Wandertourismus oder viele andere mehr sind. Wir haben in den letzten Jahren konsequent Produktpaletten entwickelt, und zwar jenseits von Event- und Erlebnistourismus, bei denen wir verschiedene Regionen des Freistaats Bayern mit ins Boot genommen haben. Eine eigene fränkische Erkennungsмарke hinsichtlich der Angebote wurde aufgelegt. Das Gleiche gilt für Oberbayern und Schwaben und viele andere Regionen. Hören Sie doch endlich auf, die Verhältnisse in Bayern schlechtzureden! Wir sind gut, und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, Ihr Problem ist doch, dass Sie an diesem Erfolg nicht den geringsten Anteil haben. Das tut weh, und das weiß ich auch.

(Beifall bei der CSU)

Nehmen Sie einfach die nüchternen Zahlen. Es gibt kein Bundesland in Deutschland, das seine Tourismusstrukturen in den letzten Jahren besser als Bayern an den nationalen und internationalen Markt angepasst hat. Die Leute kommen nicht ohne guten Grund zu uns, und zwar mit steigender Tendenz. Sie kommen aus Deutschland sowie aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe. Herr Staatssekretär, verbleiben Sie am Rednerpult für eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, nicht die Bayerische Staatsregierung hat die alternativen Konzepte entwickelt, sondern die Tourismusdestinationen selber. Manchmal habe ich den Eindruck, dass diese Ihnen weit voraus sind. Das sehe ich am Beispiel der Wandertrilogie: Sie kommen hin und verteilen Preise, während Sie die Schneekanonen fördern. Das ist genau das falsche Konzept.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, ich habe es vorhin schon zu erklären versucht: Wenn Sie die Gesamtsumme der Förderung nehmen, dann stellen Sie fest, dass die Förderung der Beschneiungsanlagen absolut nachrangig ist. Es dürfte sich um ein Verhältnis von 5 : 1 handeln, das heißt, 5 Euro für Seilbahnen und 1 Euro für die Beschneiungsanlagen. Ich verweise, weil die Schneesicherheit angesprochen worden ist, auf Herrn Kollegen Holetschek, der die Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zitiert hat. Sie weist ganz klar nach, dass wir nach wie vor bei effizienter Beschneiung auch unterhalb von 1.500 Metern eine schneesichere Destination anbieten können. Es geht nicht nur um das Skifahren, aber ohne entsprechende Angebote im Wintertourismus können Sie eine Tourismusdestination im bayerischen Alpenraum nicht entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucks-

che 17/10663 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.